MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR SOZIALRECHT UND SOZIALPOLITIK
Ausländisches und internationales Sozialrecht

ALUMNI-NEWSLETTER 2022

Rückblick auf 40 Jahre Sozialstaatsforschung

Große Jubiläumsfeier der Abteilung für ausländisches und internationales Sozialrecht

Familientreffen: (ehemalige) Mitarbeiter/innen, Gastwissenschaftler/innen und Freunde des Instituts.

Auf Spurensuche begaben sich ehemalige und gegenwärtige Mitarbeiter/innen, Gastwissenschaftler/innen sowie Freund/innen des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik am 3. Juni 2022 - und damit genau 40 Jahre nach der offiziellen Einweihung des Instituts. Entstanden ist ein Potpourri aus Erinnerungen und Erfahrungen, lebhaft und abwechslungsreich, mal komisch, mal nachdenklich.

Prof. Gerhard Igl und Prof. Eberhard Eichenhofer berichteten über die Zeit der Projektgruppe, die dem Institut voranging und 1976 ihre Arbeit aufnahm. Sie erforschte unter der Leitung von Prof. Hans F. Zacher Begriff und Systematik des Sozialrechts – eine Aufgabe, die auch für die Kodifikation des deutschen Sozialrechts im Sozialgesetzbuch wichtig war. Während die Wissenschaftler (damals ausschließlich Männer) schnell zu einem pragmatischen Verständnis von Sozialrecht gelangten, das weniger umfassend ist als das das Arbeitsrecht einschließende „droit social", war weniger klar, wie ein Sozialrechtsvergleich auszusehen hatte. „Die Projektgruppe näherte sich praktisch, theoretisch und methodisch dem Vergleich an. Dieser weitet den Horizont und schärft den Blick, enthüllt er doch verblüffende Ähnlichkeiten im Großen und subtile Unterschiede im Kleinen und zeigt in der Summe Recht als Vexierbild", beschrieb Eichenhofer die Anfänge dieser in der deutschen Rechtswissenschaft damals noch wenig verbreiteten wissenschaftlichen Vorgehensweise. Weltweite Beachtung erfuhr die Projektgruppe mit der rechtsvergleichenden Arbeit „Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz" (1981).

Alexander Graser mit Simone von Hardenberg (l.) und Viktoria Fichtner-Fülöp.

Phase der Umbrüche

Die darin enthaltenen Erkenntnisse flossen unter anderem in die Entwicklungsländerforschung von Prof. Maximilian Fuchs ein, der aus den ganz frühen Institutsjahren (1980-1983) zu berichten wusste. Insbesondere eine Monographie war für Fuchs' wissenschaftliches Werk bedeutsam: „Social Security on Latin America – Pressure Groups, Stratification and Inequality" von Carmelo Mesa-Lago, ein im Verlauf der Jahrzehnte gern und häufig gesehener Gastwissenschaftler, der wie Prof. Herbert Szurgacz seine Erinnerungen mit den Anwesenden teilte.

Den wissenschaftlichen Austausch mit Asien, speziell mit Japan, förderte in den 1990er-Jahren Zachers Nachfolger im Direktorenamt, Prof. Bernd von Maydell, den Prof. Ute Kötter als weltoffenen Wissenschaftler würdigte, der der Forschung des Instituts neue Perspektiven eröffnet habe. Seine Direktorenzeit fiel in eine Dekade des politischen Umbruchs: Mit der Wende änderte sich der Blick auf die östlichen Staaten Mitteleuropas. Die Transformation der Sozialsysteme in Ost- und Mitteleuropa wurde zu einem sozialrechtlichen Forschungsfeld. Unter dem Eindruck der nationalen Auswirkungen der Globalisierung habe sich der Fokus des Instituts zudem von der Klärung grundlegender Fragen zu bi- oder multinationalen rechtsvergleichenden Untersuchungen von Sozialrechtssystemen verschoben, sagte Kötter.

Herbert Szurgacz im Gespräch.

Blick in die Zukunft

Auch die Forderungen nach einem Umbau des Sozialstaats prägten in jener Zeit die Arbeit des Instituts, denn die demographischen Probleme der Industriestaaten wurden ein immer wichtigeres Thema sozialpolitischer Debatten, ergänzte Prof. Andreas Hänlein.

Die aktuelle Sozialrechtsforschung beleuchteten abschließend Dr. Linxin He und Dr. Anika Seemann. Bei einem Blick in die Zukunft müssten zwei Komponenten im Blick behalten werden, erklärte Linxin He: zum einen die Ziele der Sozialrechtsforschung wie soziale Gerechtigkeit, soziale Verbindlichkeit und Sozialstaatlichkeit, zum anderen die Art der Zukunftsgestaltung im Sinne des zu beschreitenden Weges – ein Weg, bei dem auch ein Blick in die Vergangenheit immer wieder wichtig ist.

Lesenswert

Schriftenreihe „Studien aus dem MPISOC“:

Becker, Ulrich; Seemann, Anika: Protecting Livelihoods - A Global Comparison of Social Law Responses to the COVID-19-Crisis, Band 77, Baden-Baden 2022

Schubert, Nina: Zwischen Akzeptanz und Resignation, Band 78, Baden-Baden 2022

***

ZIAS: 40 Jahre Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Heft 1 und 2, 2022

***

Mittlaender, Sergio: Equity, Efficiency, and Ethics in Remedies for Breach of Contract, Cham 2022

***

Ruland, Franz; Becker, Ulrich; Axer Peter (Hrsg.): Sozialrechtshandbuch, Baden-Baden 2022

***

European Journal of Health Law, Band 29 Heft 1 - Special Issue on Pandemic Decision-Making. Mit Beiträgen von *Irene Domenici*, *Kristine Plank*, *Christian Günther, Franciska Engeser* und *Lauren Tonti.*

***

Becker, Ulrich: Der Klimaschutz, das BVerfG und die Zukunft des Sozialstaats, in: NJW, Heft 17, 2022, S. 1222-1227

Diskutierten lebhaft (v.l.): Ernst Rauch, Anne von Streit, Kai Warnecke, Juliane Thimet, Ulrich Becker und Moderatorin Britta Fecke.

Extremwetterschäden: Wer trägt die Verantwortung?

Max-Planck-Forum beleuchtet kontroverse Frage

Wetterextreme wie Starkregen und schwere Stürme werden sich in Folge des Klimawandels häufen. Aber wer trägt die Verantwortung - und damit die Kosten - für die Schäden, die dadurch entstehen? Dass es darauf sehr unterschiedliche Sichtweisen und keine einfachen Antworten gibt, zeigte am 15. November unser Max-Planck-Forum (Video).

Das Schadenspotenzial der klimawandelbedingten Wetterveränderungen machte Ernst Rauch vom Versicherungskonzern Munich Re deutlich. Dennoch stehen die Hausbesitzer/innen, vertreten durch Dr. Kai Warnecke von Haus & Grund Deutschland, der Einführung einer Pflichtversicherung gegen Elementarschäden, wie sie z.B. der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen fordert, sehr skeptisch gegenüber. Die Kommunen wiederum beklagen eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten beim Schutz vor Extremwetterereignissen - Probleme, mit denen Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag täglich konfrontiert ist.

Wie Kommunen ihr Risikomanagement und ihre Vorsorgemaßnahmen verbessern können, untersucht Dr. Anne von Streit vom Department für Geographie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ihre Forschungsergebnisse flossen ebenso in die lebhafte, von Moderatorin Britta Fecke geführte Diskussion ein wie die Klärung juristischer Fragen durch Prof. Ulrich Becker.

Personalia

Dr. Simone Schneider hat für ihre Forschung über die „(Fehl-)Wahrnehmung von wirtschaftlicher Ungleichheit“ einen ERC Starting Grant erhalten. Wir freuen uns riesig! Simone ist inzwischen Associate Professor an der Universität Barelcona, bleibt mit ihrem Projekt aber auch an das Institut angebunden.

***

Gratulieren dürfen wir zudem **Dr. Andreja Krzic Bogataj, LL.M.** zur Auszeichnung „Juristin des Jahres 2022“. Andreja erhielt den Preis von der Vereinigung der slowenischen Juristen für ihre am Institut entstandene Dissertation „Klägerfreundlichkeit als Prinzip des Sozialgerichtsverfahrens“.

***

Das Institut trauert um Dr. habil. Otto Kaufmann, der Ende des Jahres im Alter von 70 Jahren gestorben ist. Wir haben ihn als verlässlichen und herzlichen Kollegen sehr geschätzt. Er wird uns unvergessen bleiben.

***

Dr. Lorena Ossio leitet eine Partnergruppe des Instituts an der Universidad Católica Boliviana in La Paz, die zum Thema „Law and Social Welfare in Latin America - Social Protection for Indigenous Peoples“ forscht.

Abschied vom MEA

Prof. Dr. h.c. Axel Börsch-Supan, PhD, seit 2011 Direktor an unserem Institut, wird Ende des Jahres emeritieren. Der Leiter der sozialpolitischen Abteilung bleibt dem Institut aber als Emeritus verbunden und wird sein Munich Center for the Economics of Aging (MEA) als eigenständige Einrichtung weiterführen. Verabschieden müssen wir uns leider von den Kolleg/innen der Abteilung.

Die bislang am MEA angesiedelte Langzeitstudie Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) wird künftig von vier Forschungsinstitutionen getragen und erhält ein neues Zuhause in Berlin.